

Platz abbeck

Nr. 2, 20. März 2015

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

TTIP-Bürgerantrag am 24. März Thema im Rat

Der Beschwerdeausschuss hat auf seiner Sitzung am 17. März den Bürgerantrag zur Ablehnung der Abkommen TTIP, CETA und TISA an den Rat überwiesen: „Der Ausschuss dankt der Petentin für ihre Eingabe und verweist die Verwaltungsvorlage und die Bürgereingabe zur weiteren Befassung und Entscheidung im Sinne der Bürgereingabe in den Rat der Stadt Köln.“ Darüber hinaus setzt sich der Ausschuss dafür ein, dass die Petentin auch Rederecht im Rat erhält.

Weniger schön war, dass der Antrag der CDU, überhaupt kein Rederecht zu erteilen, eine Mehrheit fand. Gemeinsamen wollen LINKE, SPD, Grüne, Piraten und Deine Freunde mit der Bürgerinitiative bis zum 24. März eine Resolution erarbeiten, um diese dann mit großer Mehrheit zu verabschieden. Grundlage ist der Bürgerantrag, der sich klar und deutlich für die Ablehnung des Abkommens ausspricht und nicht für weitere Verhandlungen. In der kommenden Diskussion im Rat sollten die dramatischen Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge deutlich kritisiert werden, falls das Abkommen nicht verhindert werden kann.

Am 18. April plant das Kölner Bündnis im Rahmen eines europäischen Aktionstages eine zentrale Kundgebung auf dem Wallrafplatz von 12 bis 14 Uhr. Vorgesehen ist ein Programm aus Reden, Kabarett und Musik. Zugesagt hat bis jetzt Fabio de Masi (Europaabgeordneter DIE LINKE)

Ziel ist neben der politischen Aufklärung das Sammeln weiterer Unterschriften. Bisher sind 1,5 Millionen Unterschriften für die europäischen Bürgerinitiative STOPP TTIP zusammengekommen, die alleine in Deutschland von über 115 Organisationen unterstützt wird.

Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte

Im Moment kommen 300 Flüchtlinge im Monat nach Köln. Das sind 3600 im nächsten Jahr. Wohneinheiten für ca. 600 Personen werden bis dahin fertig gestellt sein. Im nächsten Jahr müssen also zusätzlich Wohnungen für ca. 3000 Personen geschaffen werden. Eine Herkulesaufgabe.

Die jetzigen Massenunterkünfte müssen wir überwinden. Wir können nicht erkennen, dass die Verwaltung dafür ein Konzept hat. Der Erwerb von Liegenschaften wäre ein solcher Baustein.

Deshalb hat DIE LINKE den Erwerb eines ehemaligen Baumarkts in Porz mitgetragen. Wir brauchen etliche Liegenschaften, auf denen die Stadt für die Flüchtlinge Wohnungen bauen oder Verwaltungsgebäude umnutzen kann.

Auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Köln, der Wohlfahrtsverbände und anderer Einrichtungen sich große Mühe geben, wird es drunter und drüber gehen. Wir müssen in jeder Hinsicht einen Schutzschild errichten und dazu sind Mindeststandards ein richtiges Mittel. Es schützt die Flüchtlinge und es schützt die Akteure davor, Fehler zu machen.

Deswegen hat DIE LINKE zur Ratssitzung zusammen mit Piraten und Deine Freunde Mindeststandards zur Flüchtlingsunterbringung sowie die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes in Köln beantragt.

Solch eine Diskussion läuft auf Landesebene, getragen von Rot-Grün. Am Montag wird sich z.B. der Innenminister Jäger mit dem Flüchtlingsrat NRW und andere Bür-

gerinitiativen treffen. Dazu hat das Innenministerium ein Eckpunktepapier vorgelegt, das einen „Paradigmenwechsel in der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen“ vorschlägt: Dort heißt es: Die Landesregierung will sich „nicht mehr darauf beschränken ... für ein Dach über dem Kopf und Sicherheit zu sorgen. Wir wollen bei der Aufnahme und Unterbringung und Versorgung dem Individualrecht auf Asyl Rechnung tragen.“ Und weiter: „Wir wollen ein umfassend definiertes und kontrolliertes Qualitätsniveau für alle Fälle der Unterbringung erreichen.“

All das hört sich nicht nur vernünftig an, sondern es findet auch ein enger Dialog zwischen allen Akteuren statt. Auch aus diesem Grund können wir uns eine NRW-Erstaufnahmeeinrichtung in Köln mit guten Standards sehr wohl vorstellen! Wir sind aber auch nicht blauäugig. Deshalb

stellen wir Bedingungen für eine Erstaufnahme-Einrichtung: Das Land trägt die Kosten, Anrechnung auf die Kölner Quote, kleine Standorte, keine Massenunterkunft wie in der Herkulesstrasse. Außerdem soll der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen von Anfang an das Projekt begleiten.

In Köln haben wir neben den Leitlinien zur dezentralen Unterbringung keine Mindeststandards. Das hat Frau Reker bestätigt. Deshalb fordern wir in unserem zweiten Punkt die Erarbeitung solcher Standards.

Ein Beispiel: In Köln sind zur Zeit 2105 Flüchtlinge in Hotels untergebracht. Sechs Mitarbeiter kümmern sich um die 28



www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln +++ www.linksfraktion-koeln.de

Bibliotheksausweis in die Schultüte

Bei Kindern lässt sich die Begeisterung für das Lesen nur wecken, wenn sie Zugang zu möglichst vielen spannenden, lustigen und interessanten Büchern haben. Darum gehört in jede Schultüte ein Bibliotheksausweis. Davon ist DIE LINKE im Kölner Rat überzeugt und beantragte deshalb im Kulturausschuss, allen Erstklässlerinnen und Erstklässlern zum Schulstart einen kostenlosen Ausweis für die Kölner Stadtbibliothek zu überreichen.

Nach der Grundschule ist das Zeitfenster für die Leseförderung von Kindern schnell geschlossen. Deshalb müssen wir schon bei der Einschulung aktiv werden. Unsere Initiative zeigt, wie man auch mit einfachen Mitteln einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung leisten kann. Für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahren ist das Angebot der Stadtbibliothek kostenfrei. So lässt sich die Forderung nach einer aktiven Verteilung von Bibliotheksausweisen an alle i-Dötzchen ohne große Zusatzkosten realisieren. Mit den Kindern, so die Überlegung der Linksfraktion, kann die Stadtbibliothek auch ältere Geschwister und Eltern als neue Interessentinnen und Interessenten für ihr Angebot gewinnen.

Wir wollen die kulturelle Teilhabe in allen Bevölkerungsschichten verbessern. Im deutschen Schulsystem werden Kinder



aus armen Familien nachweislich benachteiligt. Das ist eine Schande. Darum suchen wir nach Wegen, wie wir von Seiten der Kommune für ein Stück mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen können. Die flächendeckende Verteilung von Bibliotheksausweisen leistet dazu einen Beitrag.

Weil die anderen Fraktionen unserem Antrag nicht zustimmen wollten, hat DIE LINKE grünes Licht für ein anderes Verfahren gegeben, um das Vorhaben zu retten. Jetzt wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage auf Grundlage unseres Antrages erstellen, die dann aller Voraussicht nach durchkommen wird.

Sie hält es für pädagogisch sinnvoller, wenn die Kinder Bibliotheksausweise erst nach Weihnachten erhalten, da zu diesem Zeitpunkt schon erste Lesekenntnisse vorhanden seien und gleich positive eigene Leseerlebnisse generiert werden könnten. DIE LINKE meint nach wie vor: Wir müssen schon zur Einschulung aktiv werden. In der Kölner Stadtbibliothek gibt es genügend kindgerechte Medien, die man ausleihen

kann, ohne Lesen zu können. Der Kontakt mit Lesenden und den Büchern wird dann auch Lust auf's Lesen lernen machen.

Im von der Verwaltung vorgeschlagenen Konzept ist außerdem gerade der Bereich des niederschweligen Angebotes noch nicht ausgereift. Die so genannten Infolyer, welche die Verwaltung versenden will müssen auf jeden Fall mehrsprachig und in einfacher Sprache sein.

Auch wenn wir unseren Antrag nicht vollumfänglich durchbringen konnten, ist es ein guter Schritt wie wir von Seiten der Kommune für ein Stück mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen können. Damit setzt DIE LINKE ihr Engagement vor allem für sozial benachteiligte Grundschulkinder konsequent fort. Bereits 2009 hatte die Fraktion im Rat eine Einschulungsbeihilfe für Familien durchgesetzt, die sich gutes Schulmaterial nicht leisten können. Seither erhalten mehr als 10 % der Kölner i-Dötzchen finanzielle Unterstützung für ihre schulische Erstausrüstung.

Gisela Stahlhofen

Fortsetzung von Seite 1

Hotels und sieben Pensionen. Für die Hotels gibt es einen Schlüssel von 160 Personen für einen Sozialarbeiter. Eigentlich bracht die Stadt also 12 Sozialarbeiter. Hier gibt es ja anscheinend noch einen Standard, aber einen schlechten, der noch nicht mal eingehalten wird.

In Köln existiert die Unterbringung in Massenunterkünften. Das müssen wir im Moment akzeptieren, um Geflüchteten kurzfristig ein Dach über dem Kopf anzubieten. Aber ist es noch humane Behandlung, wenn Personen über ein halbes Jahr keine abgeschlossenen Zimmer haben und nicht kochen können? Ich meine nicht.

Wir brauchen Standards, die das Individualrecht schützen und sowas regeln. Es ist z. B. nicht festgelegt, dass Familien mit Kindern ausschließlich in den abgeschlossenen Wohnungen der neuen Systembauten untergebracht werden.

In unserem Antrag haben wir auch auf das Beschwerdemanagement hingewiesen. Auf Landesebene wird dafür eine halbe Personalstelle für je 500 Flüchtlinge vorgehalten. Auf Köln umgerechnet entspricht das elf Stellen. Gerade bei Massenunterkünften wäre ein solches Beschwerdemanagement elementar. *Jörg Detjen*



■ KALK

Erhalt aller Arbeitsplätze bei MBE!

Über 100 der letzten Industrie-Arbeitsplätze im Stadtteil Kalk sind bedroht. Der Anlagenbauer MBE Cologne Engineering, Tochter des indischen EMC-Konzerns, macht Minus, nicht zuletzt verschärft durch die EU-Sanktionen gegen Russland, die zu Auftragsverlusten führen.

Die Probleme von MBE werden durch Pläne der Stadt Köln massiv verschärft. Per Bebauungsplan soll das MBE-Gelände von einem Industriegebiet zu einem Ge-

werbegebiet festgeschrieben werden. Die benachbarten, angeblich auffälligen Hallen Kalk sollen abgerissen werden, was die Wohnbebauung akustisch näher an MBE heran rückt.

Auf Initiative der LINKEN in der Bezirksvertretung Kalk wurde der Beschluss über die Änderung des Bebauungsplanes in der Bezirksvertretung verschoben. Dadurch wurde etwas Zeit gewonnen. Aber Verwaltung und etablierte Parteien scheinen weiterhin entschlossen, die Änderung durchzusetzen. DIE LINKE will diese Pläne mit den Beschäftigten und der Kalker Bevölkerung zusammen stoppen.

HP Fischer

Aus den Bezirken

■ KALK

Kaufhof kaufen und entwickeln

Am 16.06.2012 wurde nach 83 Jahren der Kalker Kaufhof geschlossen. Bedingt durch den Leerstand des Warenhauses hat die Attraktivität des Stadtteils Kalk nicht unerheblich nachgelassen. Von Seiten der Kalker Einzelhändler*innen, möglicher Investor*innen, wie auch der Politik wird immer wieder mit teilweise nachvollziehbaren Argumenten gedrängt, eine Reaktivierung des Warenhauses zu bewirken.

Auf der anderen Seite gibt es einige Gruppen engagierter Kalker*innen, die das Gebäude und das Gelände alternativ nutzen wollen und damit ebenfalls eine Attraktivierung Kalks vorantreiben werden.

Das ehemalige Kaufhof-Warenhaus steht seit dem 7. März 1994 in weiten Teilen unter Denkmalschutz und gehört zu den wichtigsten Baudenkmälern in Kalk.

Der Stadtbezirk Kalk entspricht in seiner Größe und Bevölkerungszahl einer Großstadt und die Diskussion um dieses Stadtzentrum würde in einer eigenständigen Großstadt völlig anders geführt. Eine solche Entwicklung sollte nicht in den Händen eines privaten Investors liegen, insbesondere, wenn es sich um einen Investor handelt, der augenscheinlich darauf spezialisiert zu sein scheint, Schwierigkeiten zu machen.

Darum hatte DIE LINKE-Fraktion in der Bezirksvertretung Kalk beantragt, dass die Stadt mit einem eigenen Kaufangebot an die Besitzerin herantritt und durch die Entwicklungsgesellschaft Moderne Stadt eine Machbarkeitsstudie erstellt werden soll. Immerhin sollte nach Wissen der LINKEN die Kaufoption des potenziellen Investors am 30. April auslaufen und Porzer Verhältnisse vermieden werden.

Die anderen Fraktionen und Bezirksvertreter aber ließen sich durch eine „Antwort“ auf eine monatealte Anfrage der CDU blenden. Nach Auffassung der LINKEN enthält diese nämlich nicht viel mehr als heiße Luft und bloße Versprechungen. Selbst die Änderung des LINKEN Antrags in einen Vorratsbeschluss änderte nichts an der ablehnenden Haltung aller anderen.

Es ist ja fast allen klageworden, dass man das System offenbar nur sehr schwer sprengen oder aushebeln kann. Deshalb haben wir uns entschlossen, es zu zernagen! Es mag ja sein, dass die Bösen mit den Skrupellosen und den Doofen eine unheilige Allianz eingegangen sind und dass sie übermächtig, vielleicht sogar unbesiegbar sind. Das sollte uns aber keinesfalls davon halten, sie wann, wie und wo immer möglich zu ärgern.

Manche sprechen vielleicht von einer Politik der Nadelstiche, wir nennen diese aber Akupunktur, um den leblosen Leib des Kaufhofes mal wieder zu bewegen. Wenigstens das hat gut geklappt.

HP Fischer

■ MÜLHEIM

Durchgangsverkehr von der Mülheimer Freiheit fernhalten!

Die Deutz-Mülheimer Straße von der Danzier Straße beginnend über die Mülheimer Freiheit und die Dünnwalder Straße bis zum Clevischen Ring ist im Gesamten als Wohnbereich festgelegt. Diese Wohnbereichstraßen werden allerdings seit vielen Jahren als Durchgangsstraßen missbraucht. Dagegen hat sich seit einigen Jahren Bürgerprotest gebildet, weil eine zu hohe Verkehrs-, Lärm- und Giftbelastung besteht. Zudem wird die Geschwindigkeitsbegrenzung vielfach nicht eingehalten. Zuletzt wurde ein Kind der benachbarten Grundschule verletzt.

Um diese Straßen vom Durchgangsverkehr zu entlasten, haben wir einen Antrag mit detaillierten Vorschlägen in die Bezirksvertretung Mülheim eingebracht.

Wir beantragten eine Umwandlung der Straßen in dem oben genannten Bereich in „Anliegerstraßen“ und eine Verlangsamung des Verkehrsflusses durch eine „rechts vor links“-Regelung. Außerdem soll der Zufluss Richtung Autobahnzubringer und Richtung Berliner Straße beschränkt werden. Hierzu sind ein Verbot des Linksabbiegens und des Geradeaus-Verkehrs am Ende der Dünnwalder Straße/Clevischer Ring nötig. Einzig das Rechtsabbiegen soll erlaubt bleiben, womit der Verkehr sinnvollerweise der Markgrafenstraße, der neuen Umgehungsstraße der Berliner Straße, zugeführt wird. Der stadtauswärtige Durchgangsverkehr der Deutz-Mülheimer Straße soll über die Danzier Straße zum Bergischen Ring geführt werden.

Stadteinwärts soll der Verkehr an der Kreuzung Berliner Straße/Clevischer Ring durch Linksabbieger auf den Clevischen Ring geführt werden. Dadurch wird auch die Berliner Straße vom Durchgangsverkehr entlastet und der stadteinwärts gehende Verkehr über die Markgrafenstraße gelenkt.

Mehrheitlich (aber gegen die Stimmen der CDU) beschloss die Bezirksvertretung Mülheim, unseren Antrag in Form eines Prüfauftrages an die Verwaltung weiterzureichen. Eine Stellungnahme der Verwaltung ist für eine der nächsten Sitzungen zu erwarten.

Nijat Bakis

■ MÜLHEIM

Dauerbaustelle Rendsburger Platz

Am 24. Oktober 2014, nach vier Jahren Straßenarbeiten und erheblicher Lärmbelästigung für die Anwohner, wurden die Arbeiten am Rendsburger Platz wieder einmal gestoppt. Als Grund wurde genannt, es seien keine finanzielle Mittel für das Projekt vorhanden. Dass die Stadt anscheinend mit 250 Meter Kanalsanierung und der anschließenden Einrichtung eines Kreisverkehrs überfordert ist, ist skandalös.

Die Anwohner leiden unter den Bauarbeiten. Sie fürchten aber auch, dass die LKW zurückkehren werden, sobald die Bauarbeiten abgeschlossen sind. Der Rendsburger Platz ist für LKW die einfachste Verbindung nach Kalk und zu den Autobahnen A3 und A4. In die Gegenrichtung belastet weiterer Schwerlastverkehr - auch Richtung Köln-Niehl - die Straße erheblich. Deshalb fordert die Bürgerinitiative Rendsburger Platz, den Rendsburger Platz in das Lkw-Führungskonzept aufzunehmen.

Die Bürgerinitiative versucht seit vier Jahren auf Ihre Situation aufmerksam zu machen. Die Initiative sucht das Gespräch mit den Verantwortlichen in der Verwaltung auf Stadt- und Bezirksebene. Inzwischen aber verbreitet sich der Eindruck, man werde von der Verwaltung nicht ernst genommen und erhalte kein Gehör.

Unsere Anfrage zur Dauerbaustelle Rendsburger Platz wurde zur März Sitzung der Bezirksvertretung noch nicht beantwortet. Eine Antwort auf unsere Fragen zum Gang der Bauarbeiten, wie „Wann ist damit zu rechnen, dass die Straßenarbeiten am geplanten Kreisverkehr beginnen und die Arbeiten am Rendsburger Platz/Bertoldistraße vollendet werden?“ erwarten wir zur Sitzung am 27.04.

Nijat Bakis

Rendsburger Platz



Aus den Ausschüssen

■ VERKEHR

Carsharingangebote am Stadtrand verbessern

Bei der Standortauswahl für die Leihautos müssen künftig die ökologischen und verkehrlichen Aspekte den Ausschlag geben, nicht die ökonomischen Interessen der Anbieter. Die Leihautos sollen künftig auch dort stehen, wo das ÖPNV-Netz endet bzw. Lücken aufweist. Das hat der Verkehrsausschuss in seiner jüngsten Sitzung auf Antrag der Linksfraktion einstimmig beschlossen.

Bei der Bereitstellung von stationsgebundenen Stellplätzen für Carsharing im öffentlichen Raum werden die verkehrlichen Aspekte künftig stärker berücksichtigt. Carsharing kann einen Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs leisten. Werden die Leihautos verstärkt an den Endstationen des ÖPNV angeboten, kann auf die Nutzung des Autos im innerstädtischen Bereich gänzlich verzichtet werden, wenn beispielsweise eine Überlandfahrt ansteht. Leihautos im Innenstadtbereich bieten in diesem Fall wenig Entlastung für das Kölner Stadtgebiet. Carsharing Angebote an der Stadtgrenze können einen Beitrag zur Erreichung der Ziele von „Köln mobil 2025“ leisten. Schließlich sollen bis 2025 zwei Drittel aller Verkehre im Umweltverbund (Fahrrad, zu Fuß gehen und ÖPNV) abgewickelt werden.

Der übergroße Teil an Carsharing wird jedoch im innerstädtischen Bereich vorgehalten, wo das ÖPNV-Netz sehr gut ist. Cambio bietet beispielsweise in der linksrheinischen Innenstadt 22 Leihstationen, in Chorweiler nicht eine Station an. Mit dem Beschluss des Verkehrsausschusses besteht die Chance die ungleiche Verteilung der Carsharingangebote auszugleichen und die Standortauswahl zu steuern. Bis dato erfolgt die Auswahl der Standorte durch die Anbieter in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, künftig sollen verkehrliche und ökologische Kriterien den Ausschlag geben.

Michael Weisenstein

■ SCHULE

700 Kinder an Gesamtschulen abgewiesen!

Auf Nachfragen der LINKEN gab Schuldezernentin Agnes Klein im Schulausschuss am 9. März bekannt, dass bei den aktuellen Anmeldungen an Kölner Schulen, wie im Vorjahr, ungefähr 700 Bewerbungen von Eltern um einem Gesamtschulplatz nicht berücksichtigt werden konnten. Im Jahr 2014 gab es 765 solcher Ablehnun-

gen, nach denen die Eltern an andere Schulformen verwiesen werden mussten. Diese Jahr für Jahr hohe Zahl der abgewiesenen Anmeldungen an Gesamtschulen ist ein Ärgernis. Es gibt sie auch im Frühjahr 2015, obwohl in der Innenstadt, in Mülheim und in Dellbrück drei neue Gesamtschulen am Start waren. In Dellbrück hatte die Stadt als Kompromiss mit der kritischen Öffentlichkeit einen Teilstandort der Gesamtschule Höhenberg eröffnet, nachdem eine Elterninitiative dort starken Druck in diese Richtung entfaltet hatte.

Die Dezernentin erkannte im Schulausschuss folgerichtig: „Je mehr Angebote wir schaffen, desto mehr Nachfrage gibt es.“ Leider hat die rot-grün und schwarze Ratsmehrheit diese Einsicht noch nicht. DIE LINKE fordert, dass die Stadt mehr als bisher für Eltern und Kinder mit Gesamtschulwunsch tun muss. 700 Ablehnungen bedeuten, dass in der Stadt mindestens sechs Gesamtschulen fehlen. Köln braucht ein Ausbauprogramm für diese hochgradig inklusive Schulform. Hier liegt die Infrastrukturkrise, nicht im Straßenbau!

In seiner Sitzung am 9. März hat sich der Schulausschuss auch für den Girlitzweg in Vogelsang als Standort einer Gesamtschule und für die Zusestraße in Lövenich als Standort eines Gymnasiums ausgesprochen. Der Antrag der Verwaltung für einen Standort an der Aachener Straße, Ecke Herbenthaler Weg, wurde abgelehnt. DIE LINKE hatte diese verkehrstechnisch günstige Variante am 9.3. unterstützt.

Inbesondere Grüne und CDU setzten aber andere Prioritäten. Sie wollen die künftigen Gesamtschüler*innen nun nach Vogelsang im benachbarten Stadtbezirk Ehrenfeld schicken. Damit hat der Stadtbezirk Lindenthal vorerst die Chance verpasst, als letzter Stadtbezirk Kölns auch endlich eine Gesamtschule zu eröffnen. Die Begründung, bei dem Grundstück an der Herbenthaler Straße handele es sich um ein Landschaftsschutzgebiet, wirkt angesichts der realen Beschaffenheit dieses Geländes wie eine Schutzbehauptung. Für Kinder aus den Stadtteilen Lindenthal und Braunsfeld ist die Gesamtschule nicht gut erreichbar.

Über ein drittes Grundstück für eine weiterführende Schule für den Stadtbezirk Lindenthal wird der Rat voraussichtlich noch 2015 entscheiden. DIE LINKE wird sich für eine Gesamtschule einsetzen. Gymnasien hat Lindenthal genug. Diese klagten, so war zu vernehmen, dieses Jahr erneut darüber, dass Eltern auch zu viele angeblich „ungeeignete“ Kinder bei ihnen anmelden wollten. Gesamtschulen weisen als inklusive Schulform dagegen nieman-

den zurück, sondern fördern höhere Bildungsabschlüsse für alle. Im Interesse der künftigen hochtechnologischen Gesellschaftsform - und Lindenthals.
Heiner Kockerbeck

■ UMWELT

Die Pflege von städtischen Wiesen und Weiden

... war der Gegenstand einer Anfrage der LINKEN im Umweltausschuss der Stadt Köln. Wir wollten wissen, welche Wiesenflächen wie oft und mit welchen Mähwerken gemäht werden und ob das Schnittgut (die Mahd) abgeräumt und verwertet wird. DIE LINKE in Köln will nicht sämtliche Liege- und Spielwiesen zuwuchern und ver gammeln lassen. Wir kennen den Wert der Grünanlagen für die Naherholung und werden ihn auch zu bewahren wissen. Jedoch wird nur ein Teil der Wiesen für diese Zwecke genutzt. Also wozu das Ganze?

Wiesen und Weiden können einer Vielzahl von Arten der Flora und Fauna einen Lebensraum bieten. Die abgeräumte Mahd ließe sich mindestens energetisch, im Regelfall im einem zweiten Schritt auch noch als Kompost verwerten. Hierdurch werden Ressourcen geschont, auch kommt es zu einer Abmagerung der Flächen, was wiederum die Artenvielfalt befördert.

Die Art der eingesetzten Mähwerke ist mitentscheidend für den Umfang des Schadens, den ein Schnitt in dem jeweiligen Lebensraum verursacht. Mähwerke, die nicht alles klein häckseln, sind deutlich schonender und verteilen außerdem deutlich weniger unauflesbare, kleinteilige Plastikschnipsel, die immer mehr unsere Nahrung verschmutzen.

Die Antwort der Verwaltung lässt ganz klar erkennen, dass es zumindest auf einer Vielzahl von Wiesen und Weiden in der Zukunft möglich und sinnvoll sein wird, von der bisher gängigen Praxis des „kurz und klein“ Schneidens des Schnittgutes abzugehen und das Schnittgut aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen!

Gernot Schubert

■ KUNST UND KULTUR

Bau auf, bau auf!

Alle reden über die Elbphilharmonie und den Berliner Flughafen. Wir nicht. Wir wollen lieber über die Sanierung der Kölner Bühnen sprechen. Das Riphon-Ensemble am Offenbachplatz ist eine der wenigen deutschen Großbaustellen, die die geplanten Kosten nur um 10 % übersteigt und - wie es aussieht - zum politisch höchst ehrgeizig gesetzten Einweihungstermin wenigstens teilweise die gewünschten Ergebnisse liefern wird.

Stichtag ist der 7. November. Dann sol-

len die Völker der Welt auf unsere kleine Stadt schauen und bei der Eröffnung von Schauspiel und Oper große Augen bzw. Ohren machen. Damit das gelingen kann, hat die Gebäudewirtschaft mit dem Projektsteuerer und den Bühnen nun die Prioritäten auf den Innenausbau der Oper und des großen Hauses gelegt. Das bedeutet natürlich, dass die Kinderoper und das kleine Haus, das jetzt Neues Haus heißen soll, erst einige Monate später fertiggestellt sein werden.

Trotzdem sind das überwiegend gute Nachrichten. Denn die Gebäudewirtschaft zeigt sich unter Druck handlungsfähig und überzeugt auch die politischen Bedenken-träger*innen durch ein ungewohntes Maß an Transparenz. So gelingt es ihr, das unter alter Leitung ein wenig sanierungsbedürftig gewordene Image wieder aufzupolieren und neues Vertrauen zu gewinnen.

Durch diese Entwicklungen vorsichtig optimistisch geworden, hoffen wir nun, dass sich die Bühnen auch der nächsten Baustelle mit dem gebotenen Eifer widmen werden. Dabei geht es um die vom Rat in seinem Beschluss vom 1. März 2011 gefor-

dernten Mitnutzung der sanierten Bühnen durch die Freie Theaterszene. DIE LINKE hat im Betriebsausschuss der Bühnen diesen Beschluss in Form einer Anfrage wieder in Erinnerung gebracht. Vor allem die in den Abendstunden nicht bespielte Kinderoper bietet sich für eine Öffnung der Bühnen an. Wir werden auf jeden Fall entschieden darauf drängen, möglichst vielen freien Gruppen aus unserer Stadt den Zugang zu den exklusiven Spielstätten zu ermöglichen.

Sebastian Tautkus

■ KUNST UND KULTUR

Das MAKK zeigt: Eigentum ist Diebstahl!

Das Museum für Angewandte Kunst Köln (MAKK) freut sich über eine neu gestiftete Tapiserie aus dem 17. Jahrhundert. Die Fraktion DIE LINKE freut sich über das biblische Sujet, das auf diesem Wandteppich dargestellt ist: die Bestrafung von Hananias und Saphira. Denn dieser Teil der Apostelgeschichte (5, 1-11) ist ein vehementes Plädoyer für die kommunistische

Gütergemeinschaft. So hatten Hananias und Saphira der Schrift zufolge ihren Acker verkauft und den Erlös nicht vollständig der christlichen Urgemeinde in Jerusalem übergeben, sondern einen Teil des Geldes für sich selbst einbehalten. Dafür wurden sie von Gott umgehend mit dem Tode bestraft, – wohlgemerkt nicht vom alttestamentarischen Rachegott, sondern vom liebenden Gott des Neuen Testaments. Wenn dieser ein solch drastisches Urteil fällt, spricht das für die besondere Schwere der Tat. Und das kann nur bedeuten: Das Konzept des Privateigentums ist des Teufels. Die Linksfraktion hofft nun, dass nicht nur christliche Politiker*innen in Köln die Botschaft des Wandteppichs als toderne Mahnung gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum verstehen werden. Vielleicht können wir dann sogar damit beginnen, den Kapitalismus endlich dorthin zu verbringen, wo er hingehört: nämlich ins Museum.

Sebastian Tautkus

Interview zum Mitnahmeverbot von E-Scootern in Bus und Bahn mit dem Behindertenbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Killewald. Das Interview führte Michael Weisenstein am 10.03.2015 in den Räumen der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Düsseldorf.

Michael Weisenstein: Herr Killewald, wie bewerten Sie das Mitnahme-

verbot von E-Scootern in Bussen und Bahnen, insbesondere im Hinblick auf die UN-Konvention, die besagt, dass behinderte Menschen nicht diskriminiert werden dürfen?

Herr Killewald: Es kann nicht sein, dass die gesetzlichen Krankenversicherungen Hilfsmittel verschreiben, gleichzeitig verbietet ein anderer gesellschaftlicher Akteur, der ÖPNV, den Transport dieser Hilfsmittel. Die Gesellschaft ist gefordert:

Die beiden Bereiche Gesundheit und Mobilität sind in der Pflicht, übereinstimmend zu handeln. Die Verkehrsunternehmen haben es sich leicht gemacht. Ich sehe nicht, dass sich die Verkehrsunternehmen ausreichend bemühen. Sie fragen nur: Können die E-Scooter transportiert werden oder nicht? Sie fragen nicht: Wie kann es gehen, dass ein E-Scooter in Bus und Bahn mitgenommen werden kann? Meiner Meinung nach stimmt die Fragestellung des Gutachtens, die zu dem Verbot führte, nicht mit den Personenbeförde-

rungsbestimmungen überein. Das Gutachten hätte nicht mit dieser Fragestellung in Auftrag gegeben werden dürfen.

Michael Weisenstein: Wie kann es sein, dass mancherorts die Mitnahme der E-Scooter verboten ist, zum Beispiel in Köln, an anderen Orten aber nicht?

Herr Killewald: Die Wahrnehmung und Be-

urteilung der rechtlichen Situation scheint unterschiedlich zu sein.

Michael Weisenstein: Derzeit werden Praxistest mit E-Scootern durchgeführt. Was erwarten Sie?

Herr Killewald: Ich gehe davon aus, dass E-Scooter transportiert werden können. Sie müssen, wie Rollstühle, Elektrorollstühle, Kinderwagen und Rollatoren, an der dafür vorgesehenen Stelle

in oder gegen die Fahrtrichtung aufgestellt werden. Wenn vorhanden gegen die Prallplatte. Ich erwarte mit Spannung die Frage, ob die Personen während der Fahrt im ÖPNV auf dem Scooter sitzen bleiben dürfen.

Michael Weisenstein: Herr Killewald, wann dürfen die E-Scooter in NRW wieder in Bus und Bahn mitfahren?

Herr Killewald: Im April wird ein Ergebnis der Tests vorliegen. Ich bin guter Dinge, dass wir eine gute Lösung für die E-Scooter und die Verkehrsunternehmen finden. Hilfsmittel, die für behinderte Menschen verschrieben werden, dürfen nicht vom Transport im öffentlichen Verkehr ausgeschlossen werden. Da steht die Gesamtgesellschaft in der Pflicht.

Michael Weisenstein: Herr Killewald, vielen Dank für das Interview.

Die Gesellschaft ist gefordert

urteilung der rechtlichen Situation scheint unterschiedlich zu sein.

Michael Weisenstein: Gibt es von Seiten des Landes NRW Gespräche mit den Verkehrsunternehmen?

Herr Killewald: Ja, sehr viele! Das Verkehrsministerium NRW hat jetzt ein richtiges Gutachten in Auftrag gegeben, das auch Lösungen aufzeigen soll. Dieses Gutachten wird sehr wichtig sein, auch im Hinblick auf den vorläufigen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen, welches die Gefahrsituation bestätigte. Der Beschluss beinhaltet aber auch Optionen, die Mitnahme von E-Scootern wieder zu erlauben, sollten andere Ergebnisse vorliegen. Der Sozialausschuss des Landes hat die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, ob die 120 Mio. Euro, die vom Staat jährlich an die Verkehrsunternehmen überwiesen werden, an die Mitnahme gebunden werden können. Im Übrigen hat sich das Land NRW an das Bundesgesund-

Internationaler Frauentag 2015 in Köln

Anlässlich des Internationalen Frauentags gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen in Köln:

Am 6.3.2015 hatten Oberbürgermeister Jürgen Roters und Gleichstellungsbeauftragte Christine Kronenberg alle Interessierten zum 8. März in das Historische Rathaus eingeladen. Auch LISA (Linke Sozialistische Arbeitsgemeinschaft der Frauen in der LINKEN) hatte einen Stand. Mit dabei war auch diesmal unser Bundestagsabgeordneter Matthias W. Birkwald.

Motto der diesjährigen Veranstaltung war „FRAUEN... von Rollenbildern, Vorbildern, Selbstbildern“. Elf Kölner Frauen stellten durch kurze Statements verschiedene Frauenrollenbilder vor, die vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen wurden. Es gab vier verschiedene Workshops, die gut besucht wurden:

- ▮ Selbstmarketing - eigene Kompetenzen bewusst machen
- ▮ Das Frauen- und Mädchenbild in der Werbung - Interventionen gegen sexistische Werbung
- ▮ Unbezahlte Arbeit in Familie und Ehren-

amt - von Vor- und Nachteilen für Frauen
▮ Frauen in Köln - berühmte Kölnerinnen als Vorbilder.

Parallel zu den Workshops gab es auch dieses Jahr einen „Markt der Möglichkeiten“. 50 Kölner Frauenorganisationen präsentierten ihre Arbeit. OB Roters besichtigte die Stände der Frauenorganisationen und führte kurze Gespräche mit den Vertreterinnen.

Eine der wichtigsten Veranstaltung zum 8. März fand im Bürgerzentrum MütZe in Köln-Mülheim statt. Unter dem Motto „Wem gehört mein Körper? Frauen, Körperlichkeit & Selbstbestimmung“ gab es eine Podiumsdiskussion mit anschließenden Workshops. Referentinnen waren: Seyran Ates, Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin, Susan Bagdach vom Inter-

kulturellen Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum IFMGZ Holla e.V. in Köln und Louisa Voßen vom Jugendtreff PULS in Düsseldorf. Es fand eine rege Diskussion statt und es gab viele Nachfragen an die Podiumsteilnehmerinnen: Unreinheit der Frau im Islam, Selbstbestimmung über den eigenen Körper, Idealbild der jungen Frauen in der Gesellschaft und die Rolle der Medien.

Hamide Akbayir



Von rechts: Güldane Tokyürek, Michael W. Birkwald, Hamide Akbayir

Bundesgartenschau (BUGA) 2025 in Köln?

Köln ist für die Durchführung der Bundesgartenschau im Jahr 2025 gesetzt. Vorgesehen ist die BUGA als Verlängerung des Kölner Grüngürtels vom Höniger Weg über das Großmarktgelände bis zum Rhein. Auf der rechten Rheinseite wären die Poller Wiesen ebenfalls ein Teil des BUGA Geländes. Die Südbrücke würde den rechtsrheinischen und den linksrheinischen Teil der Gartenschau miteinander verbinden. Die BUGA könnte ein Motor für die Entwicklung der südlichen Innenstadtweiterung sein. Eine BUGA ist keine reine Blüchenschau. Vielmehr kann sie einen wesentlichen Beitrag für eine ökologische und nachhaltige Stadtentwicklung leisten. Sie kann Garant dafür sein, dass die Fortführung des Kölner Grüngürtels gut gelingt. Die BUGA kann einen Beitrag leisten, dass die Grünflächenentwicklung innerhalb des Grüngürtels auf qualitativ hohem Niveau stattfindet. Mit der BUGA wird es leichter werden, die erforderlichen Mindestbreiten des Grüngürtels zu realisieren.

Seit Karneval liegt eine Machbarkeitsstudie vor: Die Studie kommt zu dem Schluss, dass eine BUGA 2025 im Kölner Süden realisierbar ist. Diese Studie zeigt die Chancen und Risiken, die sich mit der Durchführung der Gartenschau ergäben. Die Stadtverwaltung schlägt der Politik vor, auf eine Bewerbung zu verzichten. Es werden in erster Linie die finanziellen Risiken für die Ablehnungs-

empfehlung herangezogen. Tatsächlich birgt die BUGA finanzielle Risiken. Es sind sehr viele Investitionen nötig. Eine davon ist der barrierefreie Umbau der Südbrücke, die Herrichtung der Raderberger / Bayenthaler Brache, die Umgestaltung des Friedensparks und der Ausbau des ÖPNV.

Ein sehr großer Teil der Investitionen ist aber auch ohne die Durchführung der BUGA dringend nötig, zuvorderst der barrierefreie Umbau der Südbrücke. Andere Maßnahmen wären erst zu einem späteren Zeitpunkt nötig.

Es gibt aber auch beträchtliche Summen, bzw. Risiken, die ausschließlich in der Durchführung der BUGA begründet sind. So ist die Stadt beispielsweise in der Pflicht, temporäre Bauten nur für den Sommer 2025 zu errichten (Kartenhäuschen, Einlass-türen, Parkplätze für Reisebusse etc.). Es ist heute nicht vorhersehbar, ob diese Kosten durch Eintrittsgelder wieder eingenommen werden können. Die Machbarkeitsstudie sieht ein Risikopotential von bis zu 15 Mio. Euro vor. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die BUGA 2025 2,9 Millionen Besucher haben wird. Besucher, die zum großen Teil in Köln übernachten und über das Eintrittsgeld hinaus weiteres Geld in der Stadt lassen werden. Die Studie zeigt an dieser Stelle auf, dass eine Gartenschau auch finanziell ein Erfolg sein kann (wie beispielsweise in Koblenz). In Hamburg war die

Durchführung der internationalen Gartenschau ein finanzielles Desaster. In Köln müsste für eine Durchführung der BUGA in 2025 die Freiräumung der Flächen des ESI beschleunigt werden. Die Kosten für die beschleunigte Freiräumung werden auf acht Mio. Euro beziffert. Leider ist in 2025 der südliche S-Bahnring nicht fertig gestellt. Ggf. könnte die Stadt diese neue S-Bahn in Vorleistung bauen und zum dem bis heute vorgesehenen Inbetriebnahmetermin in 2030 der Bahn verkaufen. Geschieht dies nicht, müssten die Verkehre des ÖPNV beziehungsweise des Regionalverkehrs mit der Nord-Süd-Stadtbahn (voraussichtliche Inbetriebnahme 2023) und mit einem neuen Halt der RB 48 (Wuppertal-Bonn) auf der Bonner Straße abgewickelt werden. Dieser Bahnhof soll in 2016 realisiert werden.

Eine Verschiebung der BUGA auf einen späteren Zeitpunkt ist schwierig: Die nächste anstehende Gartenschau soll im Jahr 2027 die internationale Gartenschau im Ruhrgebiet sein. Die dortige Bewerbung des Regionalverbandes Ruhr läuft mit sehr viel Engagement. Eine Bewerbung Kölns für das Jahr 2027 ist unrealistisch. Eine Durchführung zu einem noch späteren Zeitpunkt ist nicht sinnvoll. Schließlich soll die Erweiterung der südlichen Innenstadt bis 2028 abgeschlossen sein. Fazit: Entweder die BUGA kommt in 2025 nach Köln oder nie!

Michael Weisenstein

Archäologische Zone/Jüdisches Museum – endlich auf Erfolgskurs?

Nach über einem Jahr ist der politische Lenkungskreis für die Archäologische Zone/Jüdisches Museum wieder zusammengetreten – nach der Kommunalwahl 2014 nun in anderer Besetzung – jeweils sechs Vertreter/-innen des Rates der Stadt Köln und sechs Vertreter/-innen der Landschaftsversammlung Rheinland sowie beide Kulturdezernentinnen. Die Situation ist kompliziert. Im Juni 2013 hat die Stadt mit dem Landschaftsverband einen Kooperationsvertrag geschlossen, in dem die Stadt den Bau des Museums übernimmt und der Landschaftsverband die Konzeption und die Trägerschaft. Inzwischen zeigt sich jedoch deutlich, dass allein die baulichen Maßnahmen der Stadt Köln bereits eine konzeptionelle Entscheidung bedeuten. Wie groß wird die Ausstellungsfläche für das jüdische Museum? Bis jetzt sind ca. 415 qm im ersten Stock vorgesehen – das Erdgeschoss wird den Blick freigeben auf die Ausgrabungen der Synagoge und auf die Mikwe. Welche Ausstellungsflächen sind in der unterirdischen Archäologischen Zone vorgesehen? Wie sind sie klima- und brandschutztechnisch nutzbar? Sicherergestellt ist, dass sowohl die unterirdi-

schen Grabungsergebnisse wie auch das Museum barrierefrei zugänglich sein werden.

In den zuletzt im Herbst 2014 geänderten Plänen ist weder für die Museumspädagogik noch für Veranstaltungsräume oder einen Museumsladen ein Platz im Museum oder in der Zone vorgesehen, auch nicht für die notwendigen Verwaltungseinrichtungen. Alle diese Einrichtungen gehören notwendig zum Museum und müssen jetzt an anderer Stelle eingerichtet werden, und zwar ohne dass die Attraktivität der Archäologischen Zone und des jüdischen Museums darunter leidet. Wo diese Einrichtungen – und zwar barrierefrei und in unmittelbarer Nähe des Museum – untergebracht werden können, ist noch offen.

Allerdings ist mit der Erhöhung der Landesfördermittel von zunächst 14,3 Mio. Euro auf jetzt 32,7 Mio. Euro die Finanzierung trotz gestiegener Kosten von ehemals 51,8 Millionen Euro auf jetzt 61,5 Mio. Euro besser abgesichert. Die Abdeckung der Grabung ist fast beendet. Das ist dann der Startschuss für den Baubeginn. Die seit dem Jahr 2006 andauernde Auseinandersetzung kann dann hoffentlich mit einem

erfolgreichen Museumsbau beendet werden. Die CDU, die lange – auch mit dem aus rechtlichen Gründen abgelehnten Bürgerbegehren in Köln – das Projekt bekämpft hat und mit einem „Weißbuch“ in den Mitgliedskommunen des LVR Front gemacht hat gegen das Museum, hat ihre Position geändert. Hatte sie noch die Kölner Kommunalwahl zur Abstimmung über den Museumsbau machen wollen, hat sie ihren Widerstand jetzt aufgegeben. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD in der Landschaftsversammlung wird die Trägerschaft des LVR für das Projekt festgeschrieben. So muss man sehen, wie sich die Kölner CDU in Zukunft verhält – immerhin ist ein Kölner CDU-Ratsherr für den LVR im Lenkungsausschuss und muss das Vorhaben jetzt unterstützen. Gegen den Ratsbeschluss, das Bürgerbegehren abzulehnen, hat der Veranstalter des Begehrens Klage eingereicht. Das Gerichtsverfahren soll am 10. Juni stattfinden.

*Ulrike Detjen
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der
Landschaftsversammlung Rheinland*

Rosenmontag 2017: Die Zugleitung obliegt einer "Disney Event Ltd." mit Sitz in Los Angeles/USA, statt Kamelle wird mit den Produkten des Hauptsponsors Camel Filter geworfen, das Dreigestirn ist ersetzt durch Tick, Trick und Track Duck und der komplette Zugweg ist abgesperrt für zahlende Gäste aus aller Welt zu 210 \$ Eintritt pro Person. Und 2021 verlagert sich das Treiben dann an den Ort des meistbietenden Investoren – nach Dubai. Diese nicht ganz ernst gemeinte Horrorvision zeichnete die Bürgerinitiative "Pappnasen Rotschwarz" über das umstrittene transatlantische Freihandelsabkommen TTIP bei ihrem diesjährigen Vornewegmarsch vor dem Kölner Rosenmontagszug. Mit rollendem Trojanschen Pferd, aufgemacht als Finanzhaie, Datenabsauger u. a. gab die Gruppe auch musikalisch umgetextete Hits zum Besten, so z. B. auf der Melodie der "Piraten" von Kasalla:
*Demokrate, wild un frei
Hauet' TTIP entzwei
opjepass mir jriefe aan
Demokrate, wild un frei
dreimol Widerstand ahoi,
denn dat Jeckjeseech op unsrer Fahn
hätt en rutschwat Pappnas aan ...*

Mehr unter: ww.Pappnasen-rotschwarz.de.
Udo Slawiczek

Pappnasen-Rotschwarz gegen TTIP auf dem Rosenmontagszugweg Köln



Foto:
media base
H. D. Hey

Unter diesem Motto stand eine von fast 400 Teilnehmenden besuchte Veranstaltung der Stadtschulpflegschaft Köln, der Eltern-Initiative der Kölner GU-Schulen und des Elternvereins mittendrin e.V., die am 16. März im Kölner Rautentrauch-Joest-Museum stattfand. Sie war getragen von Eltern, die für ihre Kinder „eine bessere Umsetzung der inklusiven Bildung“ fordern. Sie sagen: „Wir Kölner Eltern wollen Inklusion! Aber die Umsetzung gefällt uns nicht!“ In ihrer Einladung erheben sie schwere Vorwürfe gegen die Inklusionspraxis an den Schulen in NRW und stellen fest: „Wer Gesetze macht, muss auch für eine gute Umsetzung sorgen!“

Gemeint ist damit vor allem das 9. Schulrechtsänderungsgesetz/Erstes Inklusionsgesetz NRW, das zum 1.8.2014 in Kraft trat. Dieses Gesetz regelt den Transformationsprozess, in dessen Verlauf der Rechtsanspruch aller Kinder auf schulische Bildung an den allgemeinen Schulen realisiert werden soll. Es geht also darum, dass in gemeinsamem Unterricht weitgehend unabhängig von individuellen besonderen Förderbedarfen alle Kinder zusammen lernen sollen.

Seit vielen Jahren wird an einer wachsenden Anzahl von Kölner Schulen gemeinsamer Unterricht praktiziert. Mit großem Engagement, Kreativität und unter Inkaufnahme vielfacher Schwierigkeiten haben es die Leitungen und Kollegien dieser Schulen geschafft, praktikable und erfolgreiche Modelle inklusiven Unterrichtens zu entwickeln und entsprechend fundierte Erfahrungen zu sammeln.

Mit dem neuen Gesetz will nun die NRW-Schulministerin Löhrmann diese Praxis in „geordnete Bahnen“ lenken, die zu einer landesweit einheitlichen inklusiven Unterrichtspraxis führen sollen. Da geht es um die Regulierung einer Vielzahl von Verfahrensebenen wie aber auch und vor allem um die Ressourcenverteilung und -berechnung. Die ist entscheidend für den Umfang der Lehrkräftepräsenz in den Klassen. In den schon bislang inklusiv tätigen Schulen hatte sich eine erfolgreiche Praxis eingespielt, bei der über weite Phasen zwei Lehrkräfte in einer Klasse arbeiteten. Jetzt gewinnen die Lehrkräfte mehr und mehr den Eindruck, dass nach dem Inklusionsgesetz über verschiedene Verfahrens- und Berechnungshebel die Lehrereinsatzquote reduziert wird.

Dieser Eindruck einer Absenkung der Lehrkräftepräsenz in den Klassen steht zu Recht im Zentrum der erwähnten schweren Vorwürfe der Eltern gegen die jetzt nach dem Inklusionsgesetz gestaltete Praxis. Denn ohne die Möglichkeit zu hohen Anteilen synchroner Lehr- und Fördertätigkeit ist Inklusion nicht realisierbar, kann den individuellen Lernbedingungen und -

Inklusion gestalten

problemen nicht entsprochen werden. Für Lehrkräfte wie auch Eltern sieht es aber danach aus, dass die mit der Umsetzung des Inklusionsgesetzes verbundenen komplizierten Berechnungen und Regulierungen auf genau diesen Mangel hinauslaufen werden.

In der Veranstaltung „Inklusion gestalten!“ versuchten Ulrike Heuer, die Leiterin des Kölner Amtes für Schulentwicklung, und Ralph Fleischhauer, Abteilungsleiter Schule im Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, diesen Verdacht auszuräumen. Der Ministeriumsvertreter tat dies, indem er immer wieder das im Gesetz verankerte Prinzip der Doppelzählung beschwor. Sooft Herr Fleischhauer sich auch bemühte, diese Regelung zu erklären und ihre Vorzüge zu loben – bei den anwesenden Lehrkräften und Eltern konnte der Eindruck der letztendlicher Personalreduzierung nicht vollständig ausgeräumt werden.

Eine wichtige Rolle spielte die Frage, ob es richtig war, in Köln möglichst viele Schulen zur Einführung des Gemeinsamen Lernens (GL) zu bewegen. Mehrfach betonten anwesende Eltern und Lehrkräfte, dass mit diesem fast flächendeckenden Vorgehen geordnete Übergänge vielfach erschwert wurden. Der vorherrschende Eindruck schlug sich im Vorwurf schlechter Planung und mangelnder Koordination

nieder. Dagegen beteuerte Frau Heuer, dass ihr Amt sehr wohl sorgfältig plane und in der Umsetzung des städtischen Inklusionsplans eine Fülle von Instrumentarien der Kommunikation und Koordination nutze. Sie sehe zwar die Probleme, die mit dieser Inklusionsentwicklung in die Breite verbunden seien. Die Entscheidung für die möglichst hohe Anzahl von GL-Schulen sei aber im Dezernat sorgfältig vorbereitet und mit Bedacht getroffen worden. Auch diese Ausführungen konnten der vorhandene Skepsis nicht wirksam abhelfen. Sie gipfelte in der Aussage einer Mutter, die es ablehnte, dass ihr Kind unter den Experimenten des Umbaus zu leiden habe.

Von einem Resultat der Veranstaltung mochte die Moderatorin nicht sprechen. Zu sehr stecke der gesamte Prozess noch in den Anfängen der Entwicklung. Eva Thoms vom Elternverein mittendrin e.V. verstand den Verlauf und die Aussagen der Veranstaltung als Äußerung eines Appells an alle beteiligten Ebenen zur Nutzung vorhandener Spielräume für die erfolgreiche Gestaltung von Inklusion.

Zum Abschluss wurde Frau Heuer eine Petition für eine angemessene Personalzumessung in den GL-Schulen. Sie trug die Unterschriften von mehr als 2000 Personen.

Oswald Pannes

Baulandmodell auch für Deutsche-Welle-Areal

Teure Wohnungen rechnen sich eher als Sozialwohnungen. Deshalb hat der Rat das Kooperative Baulandmodell geschaffen und verpflichtet Investoren, sozialen Wohnungsbau zu berücksichtigen, solange dafür Baurecht geschaffen werden muss. Wenn ein Bauprojekt mehr als 25 Woh-

nungen umfasst, müssen 30 % der neu gebauten Wohnungen Sozialwohnungen sein. Das Baulandmodell kann aber nicht für mehr Sozialwohnungen in Köln sorgen, wenn es je nach Wunsch der Investoren außer Kraft gesetzt wird.

Nun steht die Neubebauung des Deutsche-Welle-Areals bevor. Nach aktuellen Pressemeldungen hat der Baudezernent Höing erklärt, das kooperative Baulandmodell werde für das Deutsche-Welle-Areal ausgesetzt. Das Vorgehen des Baudezernenten lädt Investoren dazu ein, von jetzt an solche Sonderwünsche anzumelden. Es ist schon erstaunlich, dass der Baudezernent glaubt, er könne diesen wichtigen Ratsbeschluss außer Kraft setzen. Bislang hat er noch nicht einmal die zuständigen Ausschüsse oder die Fraktionen informiert.

Außerdem fallen in Köln jedes Jahr bis zu 1700 Wohnungen aus der Sozialbindung. Schon die niedrige Quote von 30 % im Kooperativen Baulandmodell gleicht das nicht aus. Wir dürfen diese Quote nicht durch Ausnahmen weiter schwächen.

Michael Weisenstein



© Rainard Speking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Arbeit im freien Fall – flexibel schuften ohne Perspektive

Als die Blaskapelle an diesem kalten 5. Februar den Zuhörern im FORUM des Rautenstrauch-Joest-Museums einheizte, geschah das nicht primär, um die Anwesenden in kämpferische Stimmung zu versetzen. Das war gar nicht notwendig. Vielmehr musste die Haustechnik noch palettenweise Stühle nachliefern – der Publikumsandrang war einfach zu groß. Geladen hatten die AWO Mittelrhein, der Verein work-watch e.V. sowie die VHS Köln, tatkräftig unterstützt von ver.di Köln und anderen gewerkschaftlichen Gruppen. Motto des Abends: Arbeit im freien Fall – flexibel schuften ohne Perspektive! Vorge stellt wurde das Buch „Die Lastenträger“, welches anhand haarsträubender Beispiele aus dem Arbeitsalltag aufzeigt, was die modernen Formen von Ausbeutung möglich macht: Systematische Rechtsbrüche im betrieblichen Alltag genauso wie der fortdauernde nachhaltige Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten.

Günter Wallraff, Mitautor des Buches und prominentes Zugpferd der Veranstaltung, betont in seinem Eingangs-Statement zunächst seine ungebrochene Motivation („Konzern unter Druck setzen macht Spaß!“). Mit Hinweis auf den Umstand, dass die Deutschen aktuell so reich wie nie zuvor in der Geschichte seien, verwies er zugleich auf die Kehrseite der Medaille: Den boomenden Niedriglohnsektor, in dem „der körperliche und seelische Zusammenbruch eiskalt einkalkuliert ist“. Die Lasten des vermeintlichen wirtschaftlichen Aufschwungs habe vor allem die A-Gruppe zu tragen, bestehend aus Armen, Alten, Arbeitslosen, Alleinstehenden und Ausländern.

Unter der angenehm zurückhaltenden Moderation von Birgit Morgenrath wurden

in einer ersten Gesprächsrunde Beispiele aus dem Arbeitsalltag ausgetauscht. Carol Lobig berichtete einleitend über Sitzverbote, Akkordarbeit und umfassende Kontrollmechanismen, welche sie bei ihrer Arbeit für die „Zalando-Familie“ in Erfurt erfahren musste. Überraschender waren da schon die Geschichten der anderen Podiumsgäste, beispielsweise des Lehrbeauftragten an der Kölner Hochschule für Musik, der seit Jahrzehnten ohne Aussicht auf Festeinstellung unterrichtet. NRW schließt lieber Kettenvertrag um Kettenvertrag, als die Dozenten fest einzustellen und angemessen entlohnen zu müssen.

Eine andere Teilnehmerin arbeitete als prekäre Franchisenehmerin in der Altenpflege für einen amerikanischen Generalunternehmer, der vom medizinischen Dienst der Krankenkassen nicht nur geprüft und anerkannt, sondern auch ausdrücklich empfohlen wird. Arbeitsbedingungen: katastrophal! Der Journalist Jürgen Rose arbeitete undercover als Werksvertragsarbeiter bei Daimler in Stuttgart und berichtete über die faktische Dreiklassen-Gesellschaft im Betrieb, wobei FAK auch das gängige Kürzel für Fremdarbeiterkontingent darstellt. Der Staat zahlt bei dem von Rose beschriebenen Belegschaftskonstrukt übrigens ordentlich drauf: Über 80 Milliarden Euro mussten die Arbeitsagenturen z.B. 2011 für sogenannte Aufstocker aufwenden.

Nach einem kurzen kabarettistischen Zwischenruf von Wilfried Schmickler wurde es wieder sehr ernst: Den Auftakt zur zweiten Gesprächsrunde machte Stefanie Albrecht, die für den DGB Wanderarbeiter*innen, vornehmlich aus dem südosteuropäischen Raum, berät. Sie berichtete

über unwürdige Arbeits- und Wohnbedingungen und über die Schwierigkeiten der Betroffenen, sich zu wehren. Auch beklagte sie die konsequente Nicht-Ahndung von benannten und bekannten Straftaten in diesem Zusammenhang.

Albrecht Kieser vom Verein work-watch e.V. holte weit aus und verortete die Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Abbau von Schutzrechten in den vor zehn Jahren eingeführten Gesetzespaketen Hartz I-IV. Diese seien ursächlich für die Unterminierung von Widerstandsmöglichkeiten und die Schaffung massenhafter rechtsfreier Räume in der Arbeitswelt. Er prophezeite, dass die bestehenden, teils eklatanten Lücken in der Mindestlohngebung auch durch das zum neuen Jahr in Kraft getretene Mindestlohngesetz (MiLoG) nicht geschlossen werden. Es wird auf Anwaltskanzleien und fragwürdige Seminaranbieter verwiesen, die Umgehungen der bestehenden rechtlichen Sachlage vermitteln und damit auch unverfroren werben („Wir machen nicht alles, was Recht ist“).

Der Münchener Verdi-Sekretär Florian Pollock zeigte schließlich Lösungsansätze auf und verwies auf den Logistikunternehmer „transo-flex“, in dem es nach entsprechenden Missständen und betrieblichen Unruhen inzwischen einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 96 Prozent gebe. Fazit: Organisiert Euch! Dem konnte sich auch Günter Wallraff in seinem Schlußwort nur anschließen: Wo die völlig überschätzte Übermutter Merkel wie Mehltau über dem Land liegt, braucht es mehr Opposition.

Michael Scheffer

Prekäre Beschäftigung bei der Eigenreinigung abbauen

Die Stadt hat die Reinigungsarbeiten in den öffentlichen Gebäuden und Schulen weitestgehend outgesourct, mit allen un schönen Folgen für die Beschäftigten. Gemeinsam mit den Personalräten und ver.di kritisiert DIE LINKE diese Entwicklung immer wieder. Outsourcing ist nicht nur im Hinblick auf die schlechteren Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu bekämpfen, auch die Reinigungsqualität selbst leidet darunter. Nun sollen 50 neue Mitarbeiter/-innen eingestellt werden. Auf Initiative der LINKEN gibt es nun einen gemeinsamen Änderungsantrag mit SPD und Grünen, der die Einstellungsbedingungen deutlich verbessern soll.

Die neuen Mitarbeiter/-innen werden nun unbefristet eingestellt. Ursprünglich

sollten sie nur einen auf zwei Jahre befristeten Arbeitsvertrag erhalten, ohne, dass es dafür einen inhaltlichen Grund gegeben hätte. Ein Unding, denn der öffentliche Arbeitgeber hat eine Vorbildfunktion und muss Sicherheit bieten, statt Arbeitskräfte über Teilzeitverträge zu wehrlosen Angestellten in einer Art Dauer-Probezeit zu verdammen.

Sachgrundlose Befristungen bei der Stadt nehmen in den letzten Jahren zu. Momentan sind ca. 1000 Beschäftigte betroffen. Die Entscheidung bei den Reinigungskräften hat deswegen Signalwirkung. Sie könnte ein Auftakt dazu sein, sachgrundlose Befristungen grundsätzlich abzuschaffen.

Außerdem hat die Verwaltung einen Prüfauftrag über die Wochenarbeitszeit er

halten. Bisher werden (und sollten das auch zukünftig) Reinigungskräfte nur für 17,5 Wochenstunden angestellt. Das liegt an den Zeitfenstern für die Reinigung, denn Schulen werden in der Regel nach Schulschluss, öffentliche Gebäude vor Beginn des Kundenverkehrs gereinigt. Nun soll die Verwaltung Modelle prüfen, in denen sich das Arbeitszeitvolumen von 17,5 Wochenstunden durch Kombination mit der Reinigung anderer Objekte mit anderen Reinigungszeitkorridoren auf ein Arbeitszeitvolumen von mindestens 19,5 Wochenstunden, das entspricht einer Halbtagsstelle, ausdehnen lässt.

Wünschenswert sind natürlich Ganztagsstellen. Wir werden genau hinschauen, ob die Verwaltung hier genügend kreative Ideen entwickelt.

Güldane Tokyürek

TERMINE

Sa., 21. März

Was haben TTIP & CETA mit den Kommunen zu tun? Wilhelm Neurohr über Auswirkungen der geplanten Freihandelsabkommen auf die kommunale Ebene, Austausch, Vernetzung, Aktionstag zur EU-Bürgerinitiative „Stop TTIP“. *Ort: Alte Feuerwache, 19.30 Uhr.*

So., 22. März

Jüdisches Leben und Nationalsozialismus in Ehrenfeld. Stadtrundgang mit Daniel Brücken (Historiker), VA: Kölner Appell gegen Rassismus, *Treffpunkt: 15.00 Uhr, Körnerstraße/Ecke Subbelrather Str., Spende erbeten*

Mo., 23. März

Denk-Male in Kalk – Quo Vadis? Zukunftsgestaltung von Kalk, Vortrag von Dr. Thomas Werner, Moderation: Jürgen Keimer (Haus der Architektur), Eintritt frei. *Ort: Pfarrsaal St. Marien, Kapellenstr. 7, Kalk, 18 Uhr.*

Das Berliner Arnold-Forst-Haus für Romafamilien und das Nostal für Obdachlose als Beispiel modellhafter Wohnbauprojekte, Vortrag von Benjamin Marx, *Eintritt frei. Ort: Melancthon Akademie, 19.30 Uhr.*

Di., 24. März

StadtRevue-Ratsticker. Kommentare, Analysen und hemmungslose Flachwitze, bevor es uns und euch langweilig werden kann. www.stadtrevue.de *15.30 Uhr, Rathaus*

Do., 26. März

Kreismitgliederversammlung der Kölner LINKEN *19.00 – 22.00 Uhr*
Barbara-von-Sell-Berufskolleg

Juden in Oswiecim 1918–1941. Lesung mit Lucyna Filip. Oswiecim, bekannt in der Welt unter dem Namen

Auschwitz, gilt als Symbol der Vernichtung des jüdischen Volkes. Aber nur wenige wissen, dass diese alte Piasten-Burg einige Jahrhunderte hindurch auch pulsierendes Zentrum jüdischen Lebens war und dass die Juden hier bis 1939 die Mehrheit der Einwohner bildeten. Sie besaßen ihre eigene Religion, Sitten und Sprache und beeinflussten auch das städtische Leben: mit eigenen politischen Parteien, Sportorganisationen und Theaterzirkeln. Der Zweite Weltkrieg veränderte alles. Die Stadt, in der sie geboren und aufgewachsen waren, wurde zum Ort ihrer Vernichtung.

Lucyna Filip legt eine facettenreiche Darstellung des kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Lebens der Juden dieser Stadt zwischen den beiden Weltkriegen vor. Lucyna Filip, studierte Geschichte und Germanistik, arbeitet als Publizistin und forscht aktuell zum Thema „Juden aus Oswiecim zwischen Holocaust und Emigration“ an der Universität in Katowice.

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. und dem Katholikenausschuss in der Stadt Köln
Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung Todesfabrik Auschwitz: Topographie und Alltag in einem Konzentrations- und Vernichtungslager.

Treffpunkt: NS-Dokumentationszentrum, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln, 19 Uhr.
Gebühr: € 4,50, ermäßigt: € 2,00

Sa., 28. März

Palästina 2015: Am Checkpoint. Mahnwache u. Flashmob, VA: Kölner Frauen in Schwarz. *Ort: Brunnen vor dem Kaufhof, Hohe Str./Ecke Schildergasse, 15.00 – 18.00 Uhr*

Kooperations-
veranstaltungen der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

Freitag, 10. April 18:00 Uhr, bis Sonntag, 12. April.
Attac, RLS und viele andere Kampf ums Klima: Köln-Rheinland-Paris. Internationale Klimakonferenz Universität zu Köln, Hauptgebäude, Köln
Infos unter <http://kampfumsklima.org/>

Montag, 13. April, 20:00 Uhr
filminitiativ und RLS

Filmhauskino; Maybachstr.111; 50670 Köln
Filme: – Who killed me! (2012)

- Shoeshine (2013)

- Samaki Mchangani (2014)

Alle Filme sind von dem jungen tansanischen Filmemacher Amil Shivji.

Montag, 20. April, 19:30 h, Rosa-Lux Sülz-Klettenberg,

Projekt Menschenrechte im Allerweltshaus
Allerweltshaus, Körnerstr. 77:

NSU-Morde und Keupstraßenattentat:

Wen schützt der Verfassungsschutz: den Rechtsstaat oder seine Feinde?

• Martina Renner, MdB

• Massimo Perinelli, Initiative „Keupstr. ist überall“

Donnerstag, 7. Mai, 19:30 h

RLS NRW, verdi, WDR, Freischreiber, Nachdenkseiten, Linke Medienakademie

DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz

„Lügenpresse“ – Unwort oder gelungene Beschreibung?
Ein Streitgespräch

• Stephan Hebel, Frankfurter Rundschau und Jury für das Unwort des Jahres

• Walter van Rossum, Autor und Medienkritiker

• Moderation: Brigitte Baetz

Kölner selbstverwaltete

Betriebe. Netzwerktreffen, Thema: „Entwicklung neuer Projekte, Unternehmen u. Vernetzungen“; Führung, Open Space, Essen u. Party, Infos: lokotopia.net/index.php/sebek. *Ort: SSM – Halle am Rhein, Am Faulbach 2, Mülheim, Beginn: Düsseldorf Str. 74, 17 bis 22 Uhr.*

Warum muss der Alternative gehen, damit die Alternative kommen kann?

Vortrag u. Gespräch mit Landschaftsbeleger Ketan Tepel u.a. über Brachen u. Besetzungen, membran, Eintritt frei. *Ort: Kolbhalle, Helmholtzstr. 8-30, 17 Uhr.*

So., 29. März

Das Jüdische Köln. „Sichtbares und Verborgenes“; Exkursion vom ehem. Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehem. Hauptsynagoge in der Glockengasse, Anm. Museumsdienst, *Treffpunkt: EL-DE Haus, 15 bis 16.30 Uhr.*

Do., 2. April

Stammtisch: Austausch, Erfahrungen u.m., VA: **Netzwerk für gemeinschaftliches Bauen u. Wohnen.** *Ort: Café Libresso, Fleischmenggasse 29, 19 Uhr.*

Fr., 10. April

En unserem Veedel ... Veedel als Wurzeln für die Lebende Stadt. Vortrag von Harris Tiddens (Autor), anschl. Diskussion, VA: Naturfreunde Gruppe Ost /

Kalk. Ort: *Großer Saal, Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9a, 19 Uhr.*



Kampf ums Klima. „Köln-Rheinland-Paris“; internationale Klimakonferenz, Info: kampfumsklima.org (bis 12.4.). Ort: Hauptgebäude, Universität, 17 bis 22 Uhr.

Sa., 11. April Kampf ums Klima. „Köln-Rheinland-Paris“; internationale Klimakonferenz, Info: kampfumsklima.org (bis 12.4.). Ort: Hauptgebäude, Universität, 10 Uhr

Themenstrang Energiedemokratie: „...die im Dunkeln nicht“ – Energiearmut bekämpfen.

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist nicht der Verursacher der steigenden Energiepreise. Hier gilt es Schutz für die gesellschaftlich Schwachen zu organisieren, die Energiepreiskonstrukturen zu verändern und energieeffiziente Lebensführungen zu fördern.

Mit: Jörg Detjen (Fraktionssprecher DIE LINKE im Rat der Stadt Köln)
Michaela Hofmann (Caritas Köln)
Lisa Kloft, FeLS (AG Energietisch)
Moderation: Rainer Nickel (RLS)

So., 12. April Fahrt zum Tagebau Hambach. Anm.: alfred_weinberg@web.de o. 0172/4163788, VA & Info: sovie-koelner-gruppe-gegenbraunkohle.de, Treffpunkt: Bahnhof Ehrenfeld, Gleis 2, 11.20 Uhr.

Mo., 13. April Diversity-Management: Vielfalt am Patienten Vortrag von Houda Hallal (Uniklinik Köln), Reihe WiR Wissenschaft im Rathaus. Ort: *Ratssaal, Rathaus, Spanischer Bau, 17 Uhr.*

Di., 14. April Flüchtlinge in der Stadt. Orte des Ankommens für Flüchtlinge schaffen, Vorträge von Henriette Reker (Sozialdezernentin) u. Tobias Kister (Architekt), Eintritt frei. Ort: *Haus der Architektur, 19 Uhr.*

Mi., 15. April Arme Fremde. Anti-Rassismus als Fremdekonstruktion, Vortrag von Prof. Dr. Albert Scherr, Kommentare: Orhan Jasarovski, Acasa Dom, Reihe Die Erfindung der Anderen, VA: AWO. Ort: *Raum 220, FH Sozialwissenschaften, Ubierring 48, 18.30 bis 20.30 Uhr.*

Auf nach Elmau? – Agitation und Aktivismus. Diskussionsveranstaltung zum G7-Gipfel, Stand d. Bewegung, Formen d. Protestes u.m. Ort: *Freies Werkstatt Theater, 19 Uhr.*

Arbeitskraft Migration. Interessen der Wirtschaft – Interessen der Einwanderer, Reihe Einwanderungsland Deutschland: *Hintergründe – Kontroversen – Perspektiven, Eintritt frei.* Ort: *Friedensbildungswerk, 19.30 Uhr.*

Do., 16. April Cubas Wirtschaft in einer globalisierten Welt. Infoveranstaltung mit Anette Chao Garcia (Außenstelle Bonn der Botschaft der Republik Kuba), VA: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Eintritt frei. Ort: *Alte Feuerwache, 19.30 Uhr.*

Erfasst, verfolgt, vernichtet... Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus, Ausstellungsbeginn (bis 17.6.). Ort: *Foyer des LVR-Landeshauses, Kennedy-Ufer 2, Ausstellungseröffnung 17 Uhr.*

Die Verantwortung und Aufgaben Deutschlands und der Türkei. Zum 100. Jahrestag des armenischen Völkermords, Eintritt frei.

Ort: *Rautenstrauch-Joest-Museum, VHS Forum im Museum, 17 Uhr.*

Fr., 17. April Transnationale Erinnerungsräume. Gibt es eine „Erinnerungsgemeinschaft“, die über nationale Grenzen hinweg funktioniert? ReferentInnen: Dogan Akhanli, Esther Mujawayo, Ak 5,-. Ort: *Melanchthon Akademie, 19.30 Uhr.*

Markt oder Menschenrechte?

Kita, Jugendhilfe und Soziale Arbeit im Spagat

Fachtagung

Herzlich eingeladen sind Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter aus den Sozial- und Erziehungsberufen, Fachschüler, Studierende, Eltern und alle Interessierte.



Samstag, 18. April 2015
Köln, LVR-Horionhaus
Hermann-Plünder-Straße 1,
50679 Köln-Deutz,
Raum: Wupper

DIE LINKE.
in der Landschaftsversammlung Rheinland

Sa., 18. April Markt oder Menschenrechte? Kita, Jugendhilfe und soziale Arbeit im Spagat. Fachtagung der LINKEN in der Landschaftsversammlung Rheinland. *Beginn 11 Uhr bis 16 Uhr, LVR-Horionhaus, Hermann-Plünder-Str. 1, Köln-Deutz.*

Mo., 20. April NSU-Morde und Keupstraßenattentat. Wen schützt der Verfassungsschutz: den Rechtsstaat oder seiner Feinde? ReferentInnen: Martina Renner (MdB), Massimo Perinelli („Keupstr. ist überall“). Ort: *Allerweltshaus, 19.30 Uhr.*

Sa., 25. April Das Filmporträt der Grande Dame der senegalesischen Literatur: **KEN BUGUL – NIEMAND WILL SIE** Regie: Silvia Voser; Schweiz 2013; OF m. dt. UT; 62 min.

Ken Bugul – aus der Sprache Wolof – ist das Pseudonym für eine Schriftstellerin, die dort lebt, wo ihre Seele zu Hause ist, in einem Land in Afrika. Ken Bugul ist eine der bedeutenden Schriftstellerinnen des afrikanischen Kontinents, die in Französisch schreiben. Ihre persönliche Geschichte ist durch die historischen Entwicklungen Afrikas geprägt. 1947 wurde sie in einem Dorf im Senegal geboren, der damals noch eine französische Kolonie war. Als erstes Mädchen aus ihrer Familie besucht sie eine Schule und schließt diese ab mit ausgezeichneten Noten. Sie erhält ein Stipendium und fliegt 1971 zum Studium nach Europa. Dort entdeckt sie neue Ideologien, Freiheitsideen, die moderne Kunst, Drogen, Alkohol, erlebt Einsamkeit und Verachtung, lernt Prostitution aus Mangel an Zuneigung kennen. Im Film kehrt Ken Bugul an wichtige Schauplätze ihres bewegten Lebens zurück. Sie erinnert sich: Nach den Jahren in Europa geht sie als zerstörte und einsame 30-jährige Frau in den Senegal zurück. Aber sie findet ihren Weg, indem sie beginnt zu schreiben. Die Filmemacherin Silvia Voser zeichnet das Bild einer Frau voller Energie und folgt mit eindrucksvollen Bildern den Erzählungen der Schriftstellerin.

Im Anschluss Filmgespräch mit Ken Bugul (Senegal) und Silvia Voser (Schweiz) *19.30 Uhr, Filmhauskino Köln, Maybachstr. 111, 50670 Köln. Veranstalter: FilmInitiativ Köln e.V.*

TERMINE DER FRAKTION

ARBEITSKREISE

AK Kunst und Kultur

Mo, 13. April, 18.30 Uhr

AK Umwelt

Mi, 15. April, 16.45 Uhr

AK Soziales und Stadtentwicklung

Do, 16. April, 18 Uhr

AK Soziales

Do, 16. April, 19.30 Uhr

AK Gesundheit und Inklusion

Di, 21. April, 17.30 Uhr

AK Integration

Do, 23. April, 18 Uhr

AK Stadtentwicklung

Do, 23. April, 18.30 Uhr

Platzj^{ab}beck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj^{ab}beck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 22 1-278 40, Fax 22 1-278 41
E-Mail: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

JAMAICA, FRAU REKER UND DAS WOHNEN

CDU, Grüne, FDP und Deine Freunde gehen mit einer gemeinsamen Kandidatin, der Sozialdezernentin Frau Henriette Reker, in das Rennen um das höchste Amt der Stadt. Nachdem wir uns in der letzten Ausgabe mit den Vorstellungen Jamaikas zum Verkehr auseinander gesetzt haben, beschäftigen wir uns heute mit den wohnungspolitischen Schwerpunkten der oben aufgezählten Akteure. In den nächsten Ausgaben dieser Zeitung werden wir die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede dieses Jamaica-Bündnisses zu weiteren Themenfeldern beleuchten.

Jamaika und Frau Reker sind sich einig: Köln braucht mehr bezahlbaren Wohnraum, für Familien, für Senioren, für einkommensschwache Menschen und für Studierende. Über die Wege, dieses Ziel zu erreichen, herrschen bei den Reker-Unterstützer/innen aber ganz unterschiedliche Auffassungen. Die FDP beispielweise lehnt die sozialgerechte Bodennutzung und eine Milieuschutzsatzung ab. Die Liberalen sehen im Abbau der Bürokratie, im Baulückprogramm und in der Ausweisung neuer Wohngebiete (am Stadtrand) die Problemlösung. Die Grünen befürworten das kooperative Baulandmodell und die Milieuschutzsatzung. Frau Reker bekennt sich auf ihrer Internetseite zur Milieuschutzsatzung und zum geförderten Wohnraum.

Die CDU sieht im Bau von Einfamilienhäusern am Stadtrand eine Möglichkeit der Wohnungsnot zu begegnen. Die Grünen lehnen die Zersiedlung der Landschaft an der städtischen Peripherie ab. Außerdem ist die CDU der Auffassung, dass die Mindeststandards in den Wohnungen für Leute mit wenig Geld ruhig etwas gesenkt werden können. Ein Konsens mit den Grünen, die hohe Ansprüche an die energeti-

schon Standards stellen, ist da nicht in Sicht. Auch nicht mit Frau Reker: Sie sieht die Barrierefreiheit von gefördertem Wohnraum als sehr wichtig an.

Die CDU beklagt in ihrem Kommunalwahlprogramm 2014 die Ausplünderung der GAG durch die Stadt. Dies verwundert, denn schließlich wollten CDU und FDP die GAG nach der Jahrhundertwende komplett verkaufen. Nicht auszudenken, wenn dieses Vorhaben in die Tat umgesetzt worden wäre. Wir hätten heute eine andere, sozial total zerklüftete Stadt. Es wird einem Angst und Bange bei dem Gedanken, dass die wohnungspolitische Verantwortung in Köln bei CDU und FDP lägen.

CDU, Grüne und FDP setzen in der

Wohnungspolitik auf unterschiedliche Methoden. In der aktuellen Situation, in der jährlich fast 1.700 Wohnungen aus der sozialen Bindung fallen und gleichzeitig nur etwas mehr als 500 neue geförderte Wohnungen entstehen, ist es nicht vorstellbar, dass dieses Bündnis das Wohnungsproblem in Köln lösen kann.

Die Stadt selbst muss mehr Wohnungen bauen. Ein weiteres zu 100 % durch die Stadt beherrschtes Wohnbauunternehmen kann einen wesentlichen Beitrag für bezahlbaren Wohnraum leisten. Ein solches Unternehmen wird es aber nur geben, wenn die linke Mehrheit im Rat der Stadt Köln zum Zug kommt.

Michael Weisenstein

Stadtbahn für alle

Welche Perspektiven gibt es für den ÖPNV? Wie sieht die Realität aus? Und wer soll das bezahlen? Das waren die drei großen Fragen, die bei der Diskussionsveranstaltung über den Ausbau des Kölner Stadtbahnnetzes im Fokus standen. Geladen hatte der Kölner Regionalverband des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Das Podium in der Feuerwache war gut besetzt und traf auf ein zahlreiches und gut informiertes Publikum.

Köln wird weiter wachsen. Bisher sind immer noch mehr als 40 Prozent der Kölner mit dem eigenen Auto unterwegs. Das soll zukünftig anders werden, indem der Umweltverbund - ÖPNV, zu Fuß und mit dem Rad - deutlich Anteile gewinnt und perspektivisch bei fast 70 Prozent liegen soll.

Schon jetzt ist die KVB gut ausgelastet - teils bereits überlastet, vor allem zu Stoßzeiten - und die Fahrgastzahlen steigen stetig weiter.

Im Anschluss kam es zu einer lebhaften Diskussionsrunde über den Ausbau

der Kölner Stadtbahn, wo seitens des Publikums vor allem auf eine bessere stadtplanerische Gestaltung hingewiesen wurde. Ein Neubaugebiet auf der grünen Wiese zu planen, dass vom öffentlichen Nahverkehr abgeschnitten ist, produziert unweigerlich viel Autoverkehr, der ja nun ausgewiesenermaßen zurückgedrängt werden soll.

Das abschließende Referat über die ÖPNV-Finanzierung in Deutschland hielt Friedhelm Bihn, Sprecher des Arbeitskreises ÖPNV im VCD-Bundesverband. Bisher unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bei der Finanzierung des ÖPNV. Das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, kurz: GVFG, regelt die Vergabe. Diese Mittel laufen 2019 aus, die Anschlussfinanzierung ist ungewiss. Bihn sieht die Uhr nicht auf Fünf vor Zwölf, sondern bereits Fünf nach Zwölf und mahnt, eindringlich dazu, sich mit dem Thema vorrangig auseinanderzusetzen.

Gunda Wienke